

Literatur zum Thema = Comptes rendus thématiques

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **24 (2017)**

Heft 3: **Alles wird teurer! Wucher! Brot! = Les prix s'envolent! C'est du vol! Du pain!**

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Literatur zum Thema

Comptes rendus thématiques

Georg Wiebe Zur Geschichte der Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrhunderts

Duncker & Humblot, Leipzig 1895, IX + 419 S.,
vergriffen

Moritz Julius Bonn Spaniens Niedergang während der Preisrevolution des 16. Jahrhunderts

Ein induktiver Versuch zur
Geschichte der Quantitätstheorie

Cotta, Stuttgart 1896, VIII + 199 S., vergriffen

Mit der allmählichen Durchsetzung einer Geldwirtschaft im Spätmittelalter wurden die Zeitgenossen mit einem neuen Phänomen konfrontiert: der Inflation, also der allgemeinen Verteuerung von Waren. Dies galt insbesondere für das 16. Jahrhundert, als über Jahrzehnte schleichende Preisanstiege zu verzeichnen waren, die sich gerade angesichts eines recht konstanten Lohnniveaus dramatisch summierten. Dieses Phänomen ist heute als «Preisrevolution» bekannt, ein wohl 1850 von Wilhelm Roscher erstmals geprägter Begriff. Zeitgenossen konnten sich das Geschehen kaum anders erklären als durch um sich greifende kaufmännische Gier und allgemeinen Wucher. Tatsächlich wurden auch zwei rivalisierende «technische» Erklärungen vorgebracht, die beide nicht auf den Güterhandel zielten, sondern die Inflation als Geldentwertung interpretierten, verursacht entweder durch stetige Münzverschlechterungen oder ein Überangebot an Edelmetallen infolge der spanischen Silbereinfuhren aus der Neuen Welt. Die letztere Erklärung, die sogenannte Quantitätstheorie, setzte sich tendenziell

durch. Der im Kontext der Forschungen zur Preisrevolution im 19. Jahrhundert oft zitierte Adam Smith zum Beispiel sieht hierin ihre klare und einzige Ursache.

Man kann mit einigem Recht behaupten, dass diese geldtheoretische Debatte, die im Übrigen über Jahrhunderte weitergeführt wurde, den ältesten Strang modernen ökonomischen Denkens, also gewissermaßen dessen Beginn, darstellt. Die Quantitätstheorie in ihrer ursprünglichen, naiven Form wurde unter anderem von John Locke und David Hume weiterentwickelt: Nicht allein die Menge des Geldes, auch seine Umlaufgeschwindigkeit beeinflusste das Preisniveau. In der Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden Neoklassik spielte die Quantitätstheorie eine zentrale Rolle, etwa in Form der berühmten Verkehrsgleichung von Irving Fisher: Die effektive Geldmengennutzung (also Geldmenge mal deren Umschlagshäufigkeit in einem bestimmten Zeitraum) entspricht notwendigerweise dem Wertumfang des Güterumschlags (am Markt umgeschlagene Gütermenge mal Marktpreisniveau), weil in jeder Transaktion Gut und Geld im selben Wertumfang den Besitzer wechseln. Bestimmungsfaktoren des Preisniveaus sind somit die Geldmenge (variabel gedacht) sowie die Umlaufgeschwindigkeit und das Marktvolumen (beides kulturell und institutionell bedingt als weniger variabel gesehen).

Das Preisniveau galt bis in die Weltwirtschaftskrise als der zentrale Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Es galt also Veränderungen vor allem dieser Größe zu verstehen und zu erklären. Das Volkseinkommen beziehungsweise Brutto-sozialprodukt bezog diesen Rang als zen-

traler Indikator erst mit der keynesianischen Makroökonomie ab den 1930er-Jahren, als die (theoretisch und praktisch sehr aufwendige) ständige Erhebung einer solchen Grösse allmählich möglich wurde. So erklärt sich beispielsweise auch das gross angelegte, internationale Forschungsprojekt des *International Scientific Committee on Price History*, in dem ab 1930 – in einer der vielleicht letzten Gemeinschaftsanstrengungen von Ökonomen und Wirtschaftshistorikern vor ihrem deutlichen Auseinandergehen als Disziplinen – in zahlreichen Ländern historische, primär frühneuzeitliche Preisdaten in grossem Massstab gesammelt wurden. Diese wurden als die ökonomischen Grunddaten schlechthin betrachtet.

Besonders in der Zeit der 1870er- bis 90er-Jahre war das Problem der Preisniveauperänderung immer stärker in den Vordergrund gerückt, weil die Industrienationen ein in seiner Dimension neues Phänomen erlebten: eine lang anhaltende Deflation, also eine stetige allgemeine Verbilligung von Waren. Woher rührte diese? Quantitätstheoretisch lässt sich hier vor dem Übergang der Industrienationen zum Goldstandard als Währungssystem (strikte Bindung der Geldmenge an die Goldvorräte) damit argumentieren, dass die Gold- und damit die Geldmenge lange Zeit nicht mit dem einsetzenden industriellen Wachstum habe Schritt halten können. Diese Erklärung lag für die Zeitgenossen jedoch keineswegs auf der Hand. In Deutschland dominierte damals die Historische Schule der Nationalökonomie, und so wurden in den 1890er-Jahren auch historische Qualifikationsarbeiten zu diesem Fragekomplex vergeben, insbesondere mit Blick auf das vielleicht erste grosse geldtheoretische Phänomen der Moderne, die Preisrevolution.

In München entstand unter der Betreuung von Lujo Brentano die Dissertation von Moritz Julius Bonn (1873–1965), die

Ende 1895 beendet und 1896 veröffentlicht wurde. Nach Studien an der gerade eröffneten London School of Economics habilitierte sich Bonn 1905 in München mit einer Arbeit zur englischen Kolonisation Irlands. Im Folgenden machte er eine akademische Karriere als Nationalökonom und – ab 1910 – erster Direktor der (1922 in die TU München integrierten) Münchener Handelshochschule. Bonn genoss ein grosses öffentliches Renommee als einer der führenden Finanzexperten seiner Zeit, nahm an den Versailler Friedens- und an verschiedenen Reparationsverhandlungen teil. 1933 ging Bonn ins Londoner Exil, wo er 1965 starb.

Die bekanntere Veröffentlichung stammt vom unbekannteren Autor. Georg Wiebe (1867–1915) belegte in seinem Studium unter anderem geschichtswissenschaftliche und zunehmend nationalökonomische Veranstaltungen. Er wurde 1894 beim Nationalökonom August von Miaskowski in Leipzig promoviert, die Arbeit erhielt ein magna cum laude. Wiebe kehrte der Hochschule den Rücken – er liess sich für den Handelskammerdienst ausbilden und wurde bereits 1897 Syndikus der Handelskammer Bochum. In dieser Funktion schrieb er unter anderem eine ausgezeichnete Festschrift der Handelskammer sowie einen fundierten Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Grafschaft Mark. Wiebe starb bereits 1915 infolge einer Kriegsverwundung.

Die Stärke von Bonns Arbeit liegt ohne Zweifel in der Anwendung aktueller ökonomischer Theorie auf die spanische Wirtschaft zur Zeit der Preisrevolution, auch wenn sie mit etwas schwülstigen Geschichtsbetrachtungen gerahmt ist. Bonn konstatiert, dass im spanischen Fall der Edelmetallabfluss (infolge der Einfuhr ausländischer Luxusgüter) den Edelmetallzufluss nach Spanien noch überstiegen habe und die Geldmenge damit effektiv sogar gesunken sei. Auf den

ersten Blick sollte man also keine Inflation, sondern umgekehrt eine Deflation erwarten: beständig sinkende Preise. Dass es dennoch paradoxerweise zu einer Inflation gekommen sei, liege daran – und hier sieht man den Einfluss der neoklassischen Ausprägung der Quantitätstheorie – dass die Wirtschaftsleistung beziehungsweise Gütermenge, die in der Verkehrsgleichung der Geldmenge gegenüberstehe, sogar noch stärker als die Geldmenge gesunken sei. Ursächlich hierfür sei eine durch verfehlte Steuerpolitik noch verstärkte Einkommensungleichverteilung gewesen, die einerseits zu einer Verarmung breiter Schichten, andererseits zu einem zunehmenden Luxuskonsum von Importwaren durch die immer reichere Elite geführt habe.

Für seine empirische Betrachtung erhebt Bonn keine neuen Daten, sondern stützt sich auf bereits vorhandene Veröffentlichungen. Er weist explizit darauf hin, dass das Buch von Wiebe die Gesamtheit der verfügbaren historischen Daten enthält, aber: «Neue Gesichtspunkte finden sich kaum in demselben.» (24)

Obschon Wiebe hinsichtlich des Niveaus der wirtschaftstheoretischen Reflexion nicht durchgängig mit Bonn mithalten kann (mit einer noch zu diskutierenden Ausnahme), ist dieses Verdikt nicht ganz fair. Auch wenn dies wohl ausserhalb des Interesses von Bonn liegt, setzt Wiebe mit seiner Arbeit Massstäbe im Hinblick auf Sorgfalt, Problematisierung und Reflexion bei der Sammlung, Aufbereitung und Auswertung historischer Preis- und Lohn-daten. Im ersten, rund 100 Seiten starken Abschnitt seiner Arbeit diskutiert Wiebe die für Deutschland, England, Frankreich, Oberitalien und Spanien vorliegenden Daten, die er angesichts von methodischen Unzulänglichkeiten der Aufbereitung überwiegend für problematisch erachtet. Die seiner Ansicht nach verwendbaren Daten präsentiert er in einem umfangreichen Ta-

bellenanhang, ergänzt um eigene, äusserst reflektierte Preiserhebungen zum Bistum Münster. Wiebes tief gehende Überlegungen zu den Charakteristika verschiedener Typen von Preisen beziehungsweise Quellen (Rechnungsbücher, Taxen et cetera) und zu den Limitierungen bei ihrer Interpretation, zu den Problemen der Vergleichbarmachung von Preisen (unter anderem Masse und Gewichte; Notierungen in Rechengeld oder Scheidemünzen et cetera; Kaufkraftvergleiche zwischen verschiedenen Währungen und Zeitpunkten) und zum Problemkomplex der Deutung von Lohndaten sind noch heute lesenswert.

Im zweiten, mittleren Abschnitt der Arbeit entwirft Wiebe auf der Basis der Daten ein nach Waren und Regionen äusserst differenziertes Bild der Preisrevolution in Europa. Hier zeigt sich die unterschiedliche Herangehensweise der beiden Arbeiten noch deutlicher: Bonn geht es im Sinn eines eher volkswirtschaftlichen Denkstils um die theoretisch versierte Erklärung eines relativ spezifischen empirischen Befunds (Inflation trotz offenbar schrumpfender Geldmenge), Wiebe, jedenfalls zunächst, ganz im geschichtswissenschaftlichen Sinn um eine möglichst ergebnisoffene, facettenreiche und breite Ausleuchtung historischer Verhältnisse. Hier sind bereits Fluchtkräfte im Fach Nationalökonomie angedeutet, das im 20. Jahrhundert dann in die gesonderten Disziplinen Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Wirtschaftsgeschichte, also gleichsam in seine Bestandteile, zerfällt.

Wiebe aber ist noch gleichermassen Ökonom wie Historiker, und dementsprechend versucht er sich im dritten Teil seiner Arbeit an einer möglichst konzisen ökonomischen Interpretation seiner Befunde. Anders als Bonn behauptet, liefert Wiebe dabei durchaus einen wichtigen Debattebeitrag. Mit der steten Verbesserung der preishistorischen Datenlage mehrten sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts

Stimmen, die eine monokausale Erklärung der Preisrevolution durch eine Geldmengenvermehrung – wie noch bei Adam Smith – ablehnten. Diesen Bedenken schliesst sich Bonn an und erläutert dabei das wesentliche Argument: Die Geldmengenvermehrung «als einzige Ursache einer Preisrevolution zu betrachten wäre aber gewagt, zumal bei verschiedenen Waren eine prozentual verschiedene Steigerung eintritt». (179) Demnach müssten verschiedene weitere, nur für bestimmte Güter relevante preistreibende Faktoren gegeben sein, die zu den ungleichmässigen Preissteigerungen führten.

Wiebe zeigt deutlich, dass es unterschiedlich starke Preiserhöhungen bei verschiedenen Gütergruppen gab, dass sich aber für die meisten Warengruppen keine spezifische Ursache ausmachen lässt, warum diese überhaupt im Preis gestiegen waren. Insgesamt aber zeigt sich ein auffälliges Muster: Preissteigerungen fallen etwa bei Nahrungsmitteln weit stärker aus als bei Gewerbeprodukten. Man könne, schreibt Wiebe, sehr wohl unterstellen, dass diese auf eine gemeinsame Ursache zurückgehen, nämlich die Geldmengenvermehrung. Nur reagierten die Preise aufgrund der unterschiedlichen Anpassungsfähigkeit der Produktion im jeweiligen Bereich und aufgrund der verschiedenen Dringlichkeit der Bedürfnisse nicht gleich auf diesen allgemeinen Impuls. Heute würde man von unterschiedlichen Preiselastizitäten sprechen und die Erklärung vollauf überzeugend finden. Und wo es keine Evidenz für verschiedene, gleichgerichtete Erklärungsfaktoren gibt, aber gleichzeitig die unterschiedliche Auswirkung einer einzelnen Ursache sehr plausibel ist, sollte man im Sinn von Ockhams Rasiermesser auch nur von der einen Ursache ausgehen.

Die Bedeutung beider Arbeiten für die weitere historische Forschung war höchst unterschiedlich. Bonns stärker auf die

Plausibilität bestimmter wirtschaftstheoretischer Perspektiven zielende Studie wurde relativ schnell vergessen und kaum zitiert. Wiebes Arbeit hingegen ist fast stets die erste Referenz in der weiteren (deutschsprachigen) Forschungsliteratur zur Preisrevolution. Sie wurde im Hinblick auf seine methodologischen Überlegungen zu einem Bezugspunkt der preishistorischen Forschung. Dies gilt in gewissem Mass für das erwähnte *International Scientific Committee on Price History*, in Deutschland aber noch mehr für das Revival der Preisgeschichte in den strukturalistischen wirtschaftshistorischen Arbeiten zur vorindustriellen Zeit, die von den 1960er- bis in die 80er- und 90er-Jahre entstanden.

Gerade heute, da zumindest im deutschen Sprachraum die Erforschung des frühneuzeitlichen Wirtschaftens stark von kulturtheoretischen Konzepten und Methodologien geprägt und doch zugleich offen für expliziter ökonomische Herangehensweisen ist, mag ein erneuter Blick in die Arbeiten von Bonn und insbesondere Wiebe anregend sein. Wer die Perspektive einer Kombination von Kultur- und Wirtschaftsgeschichte hochhält, mag es jedenfalls zumindest als Zeichen nehmen, dass der Zweitbetreuer der Arbeit von Wiebe niemand anders war als – Karl Lamprecht.

Alexander Engel (Göttingen)

Norbert Furrer

**Vade-mecum monétaire vaudois,
XVI^e–XVIII^e siècles**

Systemes et parités monétaires,
cours d'espèces, prix, revenus
et dépenses dans le pays de Vaud
sous le régime bernois

Antipodes, Lausanne 2011, 129 p., fr. 19.–

A l'heure où les échanges monétaires trouvent leur expression quasi exclusive dans le virtuel, l'ouvrage de Norbert Furrer

constitue un utile rappel des enjeux liés à la matérialité du système monétaire, tel qu'il existait dans le Pays de Vaud sous administration bernoise, du 16^e au 18^e siècle. Publié en 2011 dans la collection «Outils pour les sciences humaines» aux Editions Antipodes, cet ouvrage remplit pleinement l'objectif premier d'être un instrument à l'intention des chercheur·e·s, rarement initié·e·s aux complexités du système monétaire, et confronté·e·s à des problèmes concrets au moment de la consultation de sources comptables: équivalences et parités des unités monétaires, cours de change et cetera. Faisant la part belle aux tableaux qui détaillent les systèmes de parité, ainsi que l'évolution des cours de plusieurs monnaies, l'ouvrage offre la possibilité aux chercheur·e·s d'y trouver des réponses précises à des problèmes concrets.

Ce *Vade-mecum* vient marier le double intérêt de Norbert Furrer pour l'histoire monétaire et les questions méthodologiques, des réflexions amorcées dans ses publications antérieures, notamment l'ouvrage *Was ist Geschichte? Einführung in die historische Methode*, paru en 2003, et réédité en 2007 et 2011, ainsi que dans sa thèse de doctorat défendue en 1994, *Das Münzgeld der alten Schweiz*. Cet ouvrage, par la formule didactique choisie, enrichit le paysage de la recherche sur l'histoire monétaire qui s'est peu renouvelé depuis la parution des importants travaux menés notamment par des chercheur·e·s issu·e·s du droit et des études numismatiques, à l'image de Colin Martin, avocat vaudois et auteur d'une thèse sur la politique monétaire bernoise sous l'Ancien Régime en 1978. (Colin Martin, *Essai sur la politique monétaire de Berne: 1400–1798*, Lausanne 1978) Le format choisi par Norbert Furrer réunit ici l'avantage de vulgariser la politique monétaire de cette période en l'ancrant dans la réalité des sources de manière efficace et non simplificatrice.

Un effort salué par Gilbert Coutaz, directeur des Archives cantonales vaudoises et auteur de la préface, qui rappelle la nécessité du développement d'outils de ce type, qui contribuent à la valorisation des dépôts d'archives et leur exploitation par les chercheur·e·s.

Construite en quatre parties, cette étude revient sur les principaux éléments constitutifs du système monétaire que sont les monnaies et les prix, avant d'aborder des dimensions plus sociales, à travers les revenus et les dépenses.

La première partie – la plus importante – est éclairée par quelques explications préalables, qui reviennent sur les enjeux liés à la matérialité de la monnaie sonnante et trébuchante, et à sa production depuis le 13^e siècle. L'auteur fournit à cette occasion plusieurs explications historiques et techniques, comme la composition de la monnaie, les distinctions existantes entre grosses et petites espèces, les définitions découlant de la notion de «valeur» ou encore les variations du cours de l'argent et de l'or qui composent les pièces. A ces explications succèdent des tableaux qui détaillent les systèmes monétaires lausannois – le même que celui du duché de Savoie – et bernois, ainsi que la parité établie dès 1590 entre ces deux systèmes. A cet équilibre entre monnaies lausannoises et bernoises s'ajoute la circulation de nombreuses monnaies extérieures, dont la cohabitation est courante tout au long de l'Ancien Régime, en raison des faibles frontières et de l'incapacité des Etats à frapper suffisamment de monnaies. Norbert Furrer restitue l'évolution du cours de plusieurs d'entre elles, comme l'écu d'or au soleil issu du Moyen Age ou le doublon d'Espagne, très répandus. L'auteur rend compte finalement des cours des principales espèces d'or et d'argent qui, dans le Pays de Vaud, dépendent de ceux de Berne en raison de la sujétion politique en vigueur.

A cette première partie très spécifique succède celle consacrée aux prix, qui permet davantage de faire le lien avec l'histoire sociale et celle de la culture matérielle. L'auteur revient sur le prix des céréales – aliment essentiel à l'époque en raison de son importante valeur nutritive – en proie à de conséquentes fluctuations, parfois d'une semaine à l'autre, au cours de la période étudiée. Les tableaux révèlent globalement une sérieuse hausse du prix du froment, en moyenne deux fois plus élevée en 1800 qu'en 1568. Cette section fournit également des informations intéressantes sur certaines pratiques renvoyant à l'ordinaire domestique, comme les habitudes alimentaires ou de consommation, grâce à la restitution de listes d'ustensiles utiles à la cuisine, à l'éclairage ou à l'hygiène. Les coûts de plusieurs services courants comme le blanchissage, le raccommodage ou le ramonage sont également précisés.

Les deux dernières parties de l'étude sont complémentaires et concernent les revenus (salaires journaliers ou pensions annuelles) et les dépenses. S'agissant des revenus, l'auteur fournit des exemples qui offrent un aperçu des relations contractuelles sous l'Ancien Régime, régulièrement honorées en argent et en nature. A l'image d'un employé de la ville de Lausanne, le premier pasteur engagé entre 1714 et 1736, dont le revenu est composé d'un versement par le boursier, auquel s'ajoute un logement de fonction, diverses céréales fournies par des fermiers, ainsi que trois chars de vins des vignobles alentour. S'agissant des dépenses, l'auteur établit notamment une comparaison intéressante entre les dépenses journalières d'un ménage aisé et celles d'un ménage modeste, qui met en lumière la prépondérance des dépenses allouées à l'alimentation, indépendamment du niveau d'aisance.

L'alternance entre les tabelles élaborées par l'auteur et la mobilisation de sources – réparties entre les Archives cantonales vaudoises, les Archives de la Ville de Lausanne et les Archives de l'Etat de Berne – constitue indéniablement le point fort de l'ouvrage. Ainsi, aux parfois longs et riches tableaux théoriques sur les cours des monnaies et leur évolution succèdent systématiquement des exemples issus de sources privées ou civiles, qui permettent de se rendre compte, de manière incarnée, de la complexité du système monétaire. L'inventaire exploité dans le *Vade-mecum*, tiré du carnet d'entrée et de sortie des espèces de la caisse de la Ville de Lausanne en 1763 illustre parfaitement cette complexité, puisqu'il ne comporte pas moins de 13 unités monétaires différentes.

On ne peut finalement que souhaiter que cette collection d'«outils pour les sciences humaines», inaugurée par l'ouvrage de Norbert Furrer, fasse des émules et donne lieu à d'autres ouvrages utiles à la recherche.

Maïla Kocher Girinshuti (Lausanne)

Hans Ulrich Jost
(en collaboration avec
Carlo Malaguerra)
Von Zahlen, Politik und Macht
Geschichte der schweizerischen
Statistik

Chronos, Zurich 2016, 176 p., fr. 38.–

Les statistiques sont un miroir de la société. Cependant, elles ne font pas que représenter la réalité sociale, elles influencent elles-mêmes la société. En agissant sur la perception de la réalité sociale, les statistiques contribuent à façonner le discours, la fixation de l'agenda et le contenu des décisions politiques. Décider de ce qui est compté et comment ces chiffres sont traités et présentés, revient

à exercer un certain pouvoir. Puisque la maîtrise de ces chiffres procure un pouvoir politique, divers acteurs et institutions ont tenté d'influencer la production de statistiques en fonction de leurs intérêts. Le développement des statistiques peut donc servir de révélateur des relations de pouvoir et des priorités accordées à différentes questions sociales ou économiques. La statistique se situe ainsi à l'intersection entre science, société et politique. C'est sur ces points de friction que se focalise l'ouvrage de Hans Ulrich Jost.

L'auteur retrace l'évolution de la statistique suisse depuis la fin du 18^e siècle. Durant cette période, elle a connu un développement important. En 1780 le Zurichois Johann Heinrich Waser avait été condamné à mort pour avoir trahi des secrets d'Etat. Dans un article, il avait en effet critiqué, statistiques à l'appui, la gestion des finances publiques par les autorités. Cet épisode se distingue nettement des principes spécifiés dans la *Charte de la statistique publique* signée en 2007 par l'Office fédéral de la statistique (OFS) et la Conférence suisse des offices régionaux de statistique (CORSTAT). Cette charte définit en effet la statistique comme un service public indispensable dans une société démocratique et postule une production statistique indépendante des pouvoirs politiques et des groupes d'intérêts ainsi qu'un libre accès aux résultats, méthodes et définitions sous-jacentes.

Hans Ulrich Jost propose un récit agréable et accessible, regorgeant de références utiles que ce soit pour l'historien désireux de cerner l'évolution des contextes intellectuels de la production statistique ou pour le chercheur en histoire quantitative à la recherche de sources de données potentielles. Le livre est structuré en six chapitres chronologiques couvrant les débuts de la statistique jusqu'à la fin du 19^e siècle, sa modernisation et son institutionnalisation durant la Belle-Epoque,

l'avènement des indicateurs économiques pendant l'entre-deux-guerres, l'expansion de la statistique «officielle» au cours des années 1950 à 1970, la restructuration majeure intervenue durant les deux dernières décennies du 20^e siècle et la statistique publique au début du 21^e siècle. Pour chacune de ces périodes, l'auteur présente les principaux enjeux socioéconomiques et leur impact sur la production statistique. Si l'étude se focalise en particulier sur les institutions et les statisticiens les plus influents, elle traite aussi de manière très riche d'une multitude d'institutions fédérales, cantonales et municipales, ainsi que des sociétés savantes et des associations économiques.

Cette pluridimensionnalité est à l'image du développement de la statistique suisse, qui a été longtemps caractérisée, par la concurrence entre des acteurs proposant des statistiques diverses sans concept global ni coordination. L'antagonisme entre l'OFS et l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OFIAMT, ancêtre du SECO) est emblématique en la matière. Si le travail de l'OFS s'inscrit principalement dans une approche fondée sur les recensements et les enquêtes représentatives, cet office a néanmoins souvent manqué de moyens et d'un mandat suffisamment large pour s'imposer comme principale instance garante des statistiques publiques. L'OFIAMT, responsable de certaines des statistiques les plus sensibles – telles que les indices de prix, des salaires et les statistiques relatives au marché de l'emploi –, a agi de manière plus éclectique en s'appuyant sur des sources de données très variées dont la représentativité demeurerait souvent incertaine. D'autres offices fédéraux, les offices cantonaux ou encore ceux des grandes villes produisent également des statistiques et rendent la coordination entre ces différentes structures encore plus complexe.

Ce n'est que dans les années 1990, sur la base de l'avis d'une commission parlementaire, que le Conseil fédéral a décidé de renforcer le statut de l'OFS. La responsabilité d'une série de statistiques est alors transmise de l'OFIAMT à l'OFS et la Loi sur la statistique fédérale désigne l'OFS comme organe responsable de la coordination de la production statistique des différents organes fédéraux et régionaux. La présentation de ce tournant majeur de l'histoire de la statistique en Suisse s'appuie largement sur le récit de l'un des principaux acteurs impliqués, Carlo Malaguerra, directeur de l'OFS de 1987 à 2001 et auteur du *Système d'information statistique* qui a servi de concept général pour cette réorganisation.

En fournissant une vision d'ensemble de l'évolution de la statistique suisse dans son contexte institutionnel et intellectuel, ce livre fournit une contribution importante à l'histoire des institutions fédérales, à l'histoire des sciences sociales et aux approches quantitatives qui utilisent des statistiques que Hans Ulrich Jost situe dans leur contexte plus large. La perspective de longue durée développée par l'auteur permet de souligner les particularités des statistiques suisses, comme l'absence d'une statistique sociale cohérente, le retard de la comptabilité nationale en comparaison internationale, l'absence d'une balance des paiements jusque dans les années 1970 ou encore l'utilisation de sources d'une qualité sous-optimale (à l'instar des statistiques sur les salaires des ouvriers accidentés).

Néanmoins, les ambitions de l'auteur combinées à la brièveté de l'ouvrage font que certains arguments centraux du livre sont relativement peu étayés. Le manque le plus flagrant concerne l'argument central du livre, qui stipule que ceux qui influencent la production statistique exercent un pouvoir politique. Certes, cet argument est intuitif, mais il reste néanmoins

difficile d'apprécier l'importance de ce phénomène. D'autant plus que l'ouvrage se cantonne à décrire le développement de la statistique suisse, mais ne traite pas de son utilisation dans les discours ou les pratiques politiques. Le lecteur cherche en vain un précédent permettant de démontrer comment un acteur aurait influencé l'élaboration d'une statistique pour, par exemple, infléchir un processus de décision. En revanche, Hans Ulrich Jost mentionne plusieurs épisodes durant lesquels les associations patronales suisses se sont opposées, avec succès, à la mise en place de certaines statistiques, comme une balance des paiements ou encore un indice de la production industrielle. Mais sans pour autant proposer une analyse approfondie des motivations et des modalités de cette opposition.

Une deuxième lacune concerne le traitement de la période clé des années 1980 à 2000. La présentation du changement intervenu durant cette période repose largement sur le récit de Carlo Malaguerra, protagoniste majeur de la restructuration mentionnée plus haut. Cette présentation aurait bénéficié d'une distinction plus claire entre la perspective de cet acteur impliqué et l'analyse critique de la restructuration. En l'état actuel, la réforme du statut de l'OFS est exposée de manière très linéaire, comme seule évolution possible vers une statistique publique cohérente. Or, on peut songer à d'autres modalités d'organisation qui auraient pu mener à un résultat similaire, par exemple le maintien d'une production statistique décentralisée mais coordonnée par un organe de surveillance qui aurait contrôlé la qualité et organisé les compétences des différentes agences fédérales, cantonales et locales productrices de statistiques. Le lecteur est également surpris de ne pas entendre plus de voix critiques au sujet de cette restructuration. Si le patronat a eu un contact privilégié avec l'OFIAMT et a souvent

exercé, par ce biais, une certaine influence sur la production statistique, il est difficile de croire que le déplacement des compétences de l'OFIAMT vers l'OFS se soit passé sans opposition et sans aucune tentative de prise d'influence.

En dépit de ces limites, ce livre est une contribution importante à l'histoire suisse et procure une foule d'informations stimulantes. Il offre surtout une vision d'ensemble d'un domaine longtemps caractérisé par son manque de cohérence et sa pluridimensionnalité et ouvre la voie à une recherche plus intensive sur l'histoire de la statistique suisse. De nombreuses questions persistent, qui peuvent maintenant être situées dans leur contexte général. Le livre de Hans Ulrich Jost est une lecture à conseiller.

Christian Stohr (Zurich)

Daniel Krämer, Christian Pfister,
Daniel Marc Segesser (Hg.)
**«Woche für Woche
neue Preisaufschläge»**
Nahrungsmittel-, Energie- und
Ressourcenkonflikte in der Schweiz
des Ersten Weltkrieges

Schwabe, Basel 2016, 403 S., 3 Abb., 4 Tabellen,
18 Grafiken, Fr. 88.–

Beim sechsten Band der von Christian Pfister und Christian Rohr herausgegebenen Reihe *Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte* (WSU) handelt es sich um eine Aufsatzsammlung. Die Herausgeber machen keine Angaben zur Entstehungsgeschichte und Auswahl der Beiträge. Die AutorInnen sind aber alleamt der Universität Bern verbunden. Den Ausgangspunkt bilden Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte während des oder im zeitlichen Umfeld des Ersten Weltkriegs, die auch in den nicht Krieg führenden Staaten relevant waren. In der

Einleitung geben die Herausgeber einen knappen Forschungsüberblick und halten fest, dass in der Schweiz die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung zum Ersten Weltkrieg erst in den ausgehenden 1960er-Jahren begann. Im Zentrum hätten dabei der Landesstreik, der Linksradikalismus und die Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen gestanden. Zudem lägen verschiedene Forschungsergebnisse zu einzelnen Industriezweigen vor, die 2012 erschienene Wirtschaftsgeschichte der Schweiz behandle soziale und wirtschaftliche Aspekte des Ersten Weltkriegs, und im Hinblick auf das Erinnerungsjahr 2014 seien verschiedene alltags- und kulturgeschichtliche Forschungen in Angriff genommen worden. Insgesamt seien Ernährungs-, Energie- und Ressourcenkonflikte, denen dieser Band gewidmet sei, aber ein Randthema geblieben.

Der Sammelband ist in vier Sektionen gegliedert. In der ersten, «Globalität und Klima», zeigt Daniel Marc Segesser in einem internationalen Überblick die Entwicklung der «Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln» (53) und deren hohen Stellenwert für den Kriegsverlauf auf. Er identifiziert die Witterung als relevante Grösse der «globalen Versorgungskrise». (55) Im Anschluss daran vertritt Christian Pfister die These, dass die Teuerungswelle der Jahre 1917 und 1918 vorrangig in einer Verknappung des Nahrungsangebots wurzelte. Als Hauptursache führt er die Witterungsverhältnisse der Jahre 1916/17 an, welche die Produktionsmenge von Getreide, Kartoffeln und Milch einbrechen liessen. Er argumentiert, dass Teuerung und Mangelernährung im Ersten Weltkrieg wie in der Frühen Neuzeit in einem Zusammenspiel natürlicher und anthropogener Faktoren ihre Ursachen finden. Die witterungsbedingten Missernten des Sommers 1916 werden als Wendepunkt des Wirtschaftskriegs herausgestellt, weil die positiven Rückkoppelungsprozesse

der Agrarmodernisierung sich durch die forcierte pflanzliche Produktion umkehrten und die Verluste in der viehwirtschaftlichen Produktion kumulierten. Diese witterungsbedingte Zäsur wird auch in anderen Aufsätzen zugrunde gelegt. Peter Moser spürt in seinem Beitrag der Bedeutung nach, welcher der Ernährungsfrage im Hinblick auf den Landesstreik 1918 beizumessen ist. Die zweite Sektion ist der «Energiekrise» gewidmet. Christian Pfister behandelt die fehlende Wärme zum Kochen und Heizen; Sandro Fehr arbeitet die Spezifika der internationalen Stickstoffproblematik in der Schweiz heraus und Anna Amacher Hoppler zeigt die Gründe für die verstärkte Elektrifizierung der Eisenbahnen im Vor- und Nachlauf des Ersten Weltkriegs auf. In der dritten Sektion, «Versorgungskrise», behandelt Maurice Cottier den Wandel vom Wirtschaftsliberalismus zum Staatsinterventionismus, wobei er der Versorgungspolitik des Ersten Weltkriegs eine wesentliche Rolle zuspricht. Christian Wipf zeichnet die Bemühungen des Bunds zur Produktionssteigerung beim Kartoffel- und Getreidebau nach; Ismael Albertin stellt die Massnahmen des Zürcher Stadtrats hinsichtlich der Lebensmittelversorgung vor und weist auf die Möglichkeiten und Grenzen föderaler Aufgabenteilung hin. Daniel Burkhard nimmt die «Milchpreissteuerung» aus der Perspektive von Produktion und Konsumtion in den Blick. In der vierten Sektion steht die «Gesundheitskrise» im Zentrum. Christian Sonderegger und Andreas Tscherrig befassen sich mit der Grippepandemie der Jahre 1918/19 und Kaspar Staub wertet anthropometrische Daten hinsichtlich der Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse aus.

Den Abschluss des Sammelbands bildet der Synthesversuch des Mitherausgebers Daniel Krämer. Ausgehend vom Konzept der «Verletzlichkeit», das auch Christian Pfister im ersten seiner zwei

Beiträge verwendet, erörtert er, weshalb «während des Krieges nicht alle Gesellschaften und Personen(gruppen)» (309) gleichermassen von den Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikten betroffen waren. Er betont, dass die Teuerung und die Mangelernährung in der Schweiz ähnliche Merkmale aufwiesen wie Teuerungskrisen des «ancien régime écologique». Vor allem aber sieht er in den extremen Witterungsverhältnissen der Jahre 1916/17 eine Ursache für die Versorgungskrisen, die allerdings nie zu einem Zusammenbruch der Versorgung führten, weil nie alle Grundnahrungsmittel gleichzeitig knapp waren. Die reale Teuerung war wegen der Substitutionsmöglichkeiten für verschiedene Grundnahrungsmittel und infolge des verminderten Konsums deutlich geringer, als wenn die Teuerung in absoluten Zahlen berechnet würde. Der Bund habe sich länger bestenfalls der Lenkung des Angebots angenommen, Massnahmen zur Lenkung der Nachfrage durch Kontingentierung und Rationierung seien erst spät angewendet worden.

In der Einleitung halten die Herausgeber fest, dass in verschiedenen Aufsätzen «die Natur als Akteur auf die historische Bühne» (21) zurückgebracht werde. Und die Synthese schliesst mit der Bemerkung, dass «der Einfluss der Natur auf die Konflikte nicht vernachlässigt werden» sollte. (350) Obwohl das Wetter in verschiedenen Aufsätzen als Teilursache für die Verknappung des Angebots etwa von Getreide, Kartoffeln oder Milch angeführt wird und die Endlichkeit von Ressourcen wie Chilesalpeter oder Kohle in die Argumentation einfliessen, bleibt die Bestimmung der Natur als Akteur, wenn auch plausibel, so doch vage. Ähnlich ist es dem Rezensenten mit der Verwendung des Ausdrucks «Teuerung» ergangen. In der Einleitung (24) erläutern die Herausgeber, dass sie, um den zahlreichen Geldwertangaben Anschaulichkeit zu verleihen,

diese durch eine Umrechnung mit dem Historischen Lohnindex mit der heutigen Lebenswelt in Beziehung setzen wollen. Dass dies gelingt, wenn dadurch z. B. der Milchpreis von 6.85 auf 8.40 Franken statt von 27 auf 33 Rappen angehoben wird, (243) bezweifle ich. Etwas störend bei der Lektüre sind zudem die vielen Verweise auf andere Beiträge des Sammelbands sowie der Umgang mit dem Zahlenmaterial, das mehrheitlich nicht quellenkritisch reflektiert wird. Insgesamt handelt es sich um einen informativen, gut lesbaren Sammelband, der nicht zuletzt nur schwer zugängliche Forschungsergebnisse aus Seminararbeiten einem breiteren Publikum zugänglich macht.

Roman K. Abt (Neuenkirch)

Gerald Feldman
The Great Disorder
Politics, Economics, and Society
in the German Inflation 1914–1924

Oxford University Press, New York 1993, XIX + 1011 S.,
 vergriffen

Als der Wirtschaftshistoriker Charles Kindleberger vor mehr als 20 Jahren Feldmans Forschungsergebnisse zur Inflation in der Weimarer Republik rezensieren sollte, trug er das Buch zuerst zu einer Waage im nächstgelegenen Supermarkt. Feldman hatte einen Backstein vorgelegt, der schon wegen Umfang und Gewicht seinesgleichen suchte. Die epischen Ausmasse des Werks waren eine Frucht schier unerschöpflicher Arbeitsenergie, trugen allerdings dazu bei, dass *The Great Disorder* vielfach angeführt und zitiert, jedoch häufig mehr als reichhaltiger Steinbruch, denn als Referenzpunkt für Deutungen der Zwischenkriegszeit verwendet wurde. Dabei stand Feldmans Untersuchung am Ende einer intensiven Diskussion über Ursachen, Verlauf und Folgen der Inflation

zwischen 1914 und 1924, die wesentlich von ihm selbst mit angestossen worden war. Mit seinem zweiten grossen Buch von 1977 über die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in der Inflation hatte Feldman den Startschuss für ein von der Volkswagen-Stiftung finanziertes Forschungsprojekt gegeben, aus dem eine Reihe einflussreicher Einzelstudien und Sammelbände zur Inflation in der Weimarer Republik hervorging. (Vgl. Gerhard A. Ritter, «Nachruf auf Gerald D. Feldman», in: *Geschichte und Gesellschaft* 34/1 [2008], 129–150, hier 133 ff.) Feldmans Beitrag stellt zweifellos das gewichtigste Resultat dieser Arbeiten dar. Auf etwa 1000 doppelspaltigen Seiten fasst er Archivrecherchen unter anderem aus Hamburg, Hannover, Berlin, Potsdam, Köln, Koblenz, Frankfurt am Main, München, Paris, New York, Washington, Stanford und Berkeley zusammen. Eine entscheidende Wirkung entfalteten die Thesen der Darstellung anschliessend dennoch nicht, sodass etwa Mark Blyth kürzlich in einem informativen Überblick zur Finanzgeschichte in Europa den von seiner eigenen Perspektive abweichenden Blick Feldmans auf die deutsche Inflation der 1920er-Jahre nicht weiter berücksichtigte. (Vgl. Mark Blyth, *Wie Europa sich kaputt spart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik*, Bonn 2014, 253–257)

Die Debatte um die Gründe für die Inflation und Hyperinflation von 1923 in Deutschland wurde bereits von den Zeitgenossen geführt. Sie drehte sich vor allem um die Frage, welche Rolle die Reparationsforderungen dabei spielten, die nach dem Ersten Weltkrieg von den Alliierten an Deutschland gestellt wurden. Vertreter deutscher Stellen wie der Reichsbankpräsident Rudolph von Havenstein vertraten die Ansicht, die Reparationsleistungen würden die deutsche Zahlungsbilanz verschlechtern. So gingen durch Sachlieferungen an das Ausland Devisen zur Finanzierung von Importen

verloren, was zu einer Schwächung der deutschen Mark geführt und eine entsprechende Erhöhung der Preise und Löhne in Deutschland verursacht habe. Den dadurch erhöhten Bedarf an Geld habe die Reichsbank durch eine Vermehrung der Geldmenge ausgleichen müssen und sei damit auf die abschüssige Bahn der Inflation getrieben worden. Ganz anders sahen dies Ökonomen insbesondere auf alliierter Seite. In ihrer Perspektive verfolgte die deutsche Regierung mithilfe der Reichsbank bewusst die Strategie, durch das Anwerfen der Notenpresse eine Situation herbeizuführen, in der man den Reparationsforderungen nicht mehr nachkommen konnte. Einerseits habe man sich dabei der Schulden bei Gläubigern im In- und Ausland entledigen wollen, deren Schuldscheine und Papiermarkreserven sich durch die Abwertung der Währung in Luft auflösten. Andererseits habe die galoppierende Inflation für eine Lähmung des Finanzsystems gesorgt, sodass Reparationszahlungen völlig unmöglich geworden seien.

In Feldmans Analyse der Vorgänge, die zur Hyperinflation von 1923 führten, spielen die Reparationen eine wichtige Rolle. So nahm aus seiner Sicht sowohl das internationale Vertrauen in die Währung als auch die heimische Steuermoral nach der Annahme des Londoner Zahlungsplans im Mai 1921 rapide ab – Letzteres weil in Deutschland niemand für die Rückzahlung von Lasten verantwortlich sein wollte, die man als Unrecht empfand. Zugleich sieht Feldman die Entwertung der Mark insgesamt nur als ein Symptom, das tiefere, strukturelle Ursachen anzeigt. Für ihn greift jede Erklärung zu kurz, die nicht die politischen und gesellschaftlichen Einflüsse auf die finanzhistorische Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis in die ersten Jahre der Weimarer Republik berücksichtigt. Stärker als zeitgenössische Teilnehmer der Debatte, ebenfalls als neu-

ere wirtschaftshistorische Erklärungen betont Feldman die politische Ökonomie der Inflation. Seine detaillierte Rekonstruktion von Überlegungen und Plänen staatlicher und industrieller Stellen in den frühen 1920er-Jahren, die Währung durch Anleihen und Kredite zu stabilisieren, macht skeptisch gegenüber der These einer geplanten Förderung der Inflation durch die deutsche Politik. Feldman stellt diese Auffassung infrage, indem er unter anderem die Vielstimmigkeit und die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit wirtschaftspolitischer Programme in den Regierungen von Joseph Wirth und Wilhelm Cuno konstatiert. Verantwortlich für die Hyperinflation ist aus seiner Sicht weniger eine Strategie denn die politische Unordnung – *the great disorder* –, die Kriegswirtschaft und militärische Niederlage in der deutschen Gesellschaft hinterliessen. In diesem Zusammenhang führt Feldman nicht die in Darstellungen der Weimarer Republik häufig verantwortlich gemachte «Versäulung» der unterschiedlichen sozialmoralischen Milieus an, die einen Konsens über die Verteilung der Reparationslasten unmöglich gemacht habe. Vielmehr arbeitet er heraus, wie die Inflation Konflikte innerhalb der verschiedenen Lager verursachte, insbesondere unter den Industriellen im Reichsverband der Deutschen Industrie sowie zwischen staatlichen Stellen. Bereits vor dem Mai 1921 führten diese Konflikte zu einer politischen Strategie des Abwartens, die indes sowohl die wirtschaftlichen Schwierigkeiten als auch die Uneinigkeit aller Beteiligten nur vergrößerte. Als die Höhe der Reparationszahlungen festgelegt war, verschlimmerte die negative Zahlungsbilanz zwar die Situation, jedoch war diese laut Feldman nicht durch die Reparationen, sondern vor allem durch die fehlende politische Vorbereitung auf wirtschaftliche Massnahmen zu ihrer Bewältigung entstanden.

Feldmans Buch macht es LeserInnen nicht allein wegen des ausführlichen Referats von Quellen und der Berücksichtigung einer Vielzahl von involvierten Institutionen, Gruppen und Personen schwer, eindeutige Thesen herauszugreifen. Seine Befunde passen auch schlecht zu monetären, keynesianischen oder Zahlungsbilanztheorien, welche die Inflation aus jeweils unterschiedlichen Modellvorstellungen ableiten. Feldmans Darstellung betont ihnen gegenüber die komplexe Vernetzung der Inflationgeschichte mit politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, die nicht in einer allgemeinen Typisierung aufgeht. *The Great Disorder* scheint in dieser Hinsicht Siegfried Kracauers Plädoyer für den Vorzug des historischen Blicks gegenüber der eingängigen Synthese nachzukommen. An die Stelle theoriegeleiteter Erklärung setzt das Werk die Kontingenz des Geschehens und das Scheitern der Zeitgenossen, in ihren Handlungsabsichten und Plänen die Zukunft vorwegzunehmen. Dieser Ansatz hat die Nutzung von Feldmans Buch in mancher Hinsicht nicht gefördert, zugleich aber eine zeitlose Form inhaltlicher Intensität hervorgebracht. Ihr verdankt das Werk seinen Stellenwert eines Klassikers der zeithistorischen Forschung.

Philipp Müller (Hamburg)

Ernst Baltensperger
Der Schweizer Franken
 Eine Erfolgsgeschichte
 Die Währung der Schweiz
 im 19. und 20. Jahrhundert

Neue Zürcher Zeitung, 3. überarbeitete Aufl.,
 Zürich 2016, 320 S., Fr. 51.–

Es ist in der historischen Zunft mittlerweile sehr unüblich, den Lebenslauf des Untersuchungsobjekts als eine Erfolgsgeschichte zu betiteln. Bezeichnenderweise ist es der

emeritierte Ökonomieprofessor Ernst Baltensperger, der sich dieses Urteil erlaubt. Es gelingt ihm bewundernswert einfach, die Geschichte der schweizerischen Geldpolitik prägnant, problemorientiert und perspektivenreich zu erzählen. Sein Verdikt ist nicht von der Hand zu weisen: die Geschichte des Frankens und die Politik der Schweizerischen Nationalbank, die das Werk in Auftrag gegeben hat, müssen – bei aller berechtigten Kritik – als erfolgreich beurteilt werden. Die währungspolitische Stabilität des Kleinstaats ist im internationalen Vergleich erstaunlich. Auch wenn die Politik der Nationalbank aus nachvollziehbaren Gründen immer wieder von allen Seiten unter Beschuss war und ist.

Man mag mit der Sorge an das Buch herangehen, dass dem als Intimus der Nationalbank und politischer Ziehvater des jetzigen Nationalbankpräsidenten geltenden Autor ein objektives Urteil abgehe. Doch diese Erwartung wird enttäuscht. Baltensperger nennt Probleme, Fehlscheide und Tiefpunkte (wie die Goldkäufe während des Zweiten Weltkriegs) beim Namen und hält mit Kritik nicht zurück. So verlängerten das Festhalten am Goldstandard der 1930er-Jahre oder die monetäre Überrestriktion der 1990er-Jahre die wirtschaftliche Rezession unnötig. Und auch heute weiss niemand, wohin uns die jüngste Geldpolitik führen wird. Er schafft es gekonnt, den Kontext und die grossen systematischen Unsicherheiten darzustellen, in denen geldpolitische Entscheide gefällt wurden, und historisiert diese damit. Es geht ihm sichtlich nicht darum, die Entscheide der Nationalbank nachträglich zu legitimieren. Er nimmt Bezug auf heutige und damalige Kritik, diskutiert sie im Kontext relevanter Forschungsliteratur. So ist Baltensperger ein ausgesprochen ausgewogenes Bild gelungen, das in seiner Sprache gut verständlich bleibt.

Das Buch gliedert sich in drei Teile, wovon der letzte aus einem erhellenden

Anhang über zentrale Elemente der Währungstheorie besteht. Die ersten beiden Teile schildern die Entwicklung der schweizerischen Geldpolitik über zwei Jahrhunderte. Baltensperger beschreibt, wie aus einem Wirrwarr verschiedener Währungen 1850 der Franken geschaffen wurde, der jedoch durch häufige Probleme belastet bis Anfang des 20. Jahrhunderts ein Anhängsel des französischen Francs blieb. Verschiedene Phasen von Währungsregimen (Währungswettbewerb, *free banking*) führten 1907 schliesslich zur Gründung der Nationalbank. Anschaulich erläutert Baltensperger, dass die Nationalbank im internationalen Vergleich eine Nachzüglerin war, geschaffen in Reaktion auf die mangelnde Effizienz und Stabilität des Geldversorgungssystems sowie auf die mangelnde Stabilität des Banken- und Finanzsystems.

Im zweiten Teil diskutiert Baltensperger die prägenden Ereignisse des 20. Jahrhunderts wie die Suspensierung des internationalen Goldstandards im Ersten Weltkrieg, die Abwertung von 1936 und den Zusammenbruch des Fixkurssystems 1973. Leicht verständlich legt er dar, wie sich die Aufgabengebiete, Ziele und Mittel der Geldpolitik über die Zeit veränderten. Äusserst zählbar waren gewisse Denkweisen und Vorstellungen, wie beispielsweise die Real-Bills-Doktrin während und nach dem Ersten Weltkrieg oder die Goldparität. Er zeigt, wie die Stabilität des Frankens zu einem Wert seiner selbst wurde. Die Schweiz gehörte zusammen mit Frankreich und den Niederlanden zu den Ländern, die in der grossen Depression der 1930er-Jahre am längsten an der Goldparität festhielten und so ihre wirtschaftliche Rezession unnötig verlängerten. Der Glaube an den Wert der Stabilität an und für sich hielt sich auch während des Bretton-Woods-Systems. So befolgte die Nationalbank eine Politik des stabilen Preisniveaus, was allerdings nur so lange

gut ging, als eine tiefe Arbeitslosigkeitsrate herrschte und im Ausland ebenfalls eine stabilitätsorientierte Geldpolitik verfolgt wurde. 1973 folgte die grösste Zäsur in der Geschichte der Nationalbank, als man unter grossen Bedenken und eher aus Einsicht in die Unausweichlichkeit denn aus freien Stücken zu flexiblen Wechselkursen überging. Bemerkenswert bleibt, wie die Geldpolitik der Nationalbank schon kurz danach eine erstaunliche Preisstabilität wiederfinden und halten konnte. Die sehr bescheidene Inflation seit den 1970er-Jahren verstärkte das Vertrauenskapital und die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Geldpolitik in hohem Mass. Dazu trug dem Autor zufolge auch die Stabilität des politischen Systems und der öffentlichen Finanzen bei, sodass das Zinsniveau immer unter dem anderer Staaten blieb. Die Nationalbank selbst war seit den 1970er-Jahren immer wieder stark von Veränderungen der vorherrschenden Sichtweisen über Wirkungsmechanismen und Möglichkeiten der Geldpolitik beeinflusst, nahm aber auch aktiv an den wissenschaftlichen Diskussionen darüber teil. Baltensperger schliesst die Ausführungen mit einem sehr lesenswerten, überarbeiteten Ausblick über die jüngsten Entwicklungen. Spätestens an dieser Stelle wird offensichtlich, welche grundlegende Bedeutung der Währungspolitik und den Institutionen, die sie verkörpern, zukommt – und warum es sich so sehr lohnt, sich damit zu beschäftigen.

Das ist ebenfalls das zentrale Anliegen Baltenspergers. Aus der Geschichte lassen sich lernen. Interessant sind seine Ausführungen insbesondere deshalb, weil sie Vor- und Nachteile geldpolitischer Regimes aufzeigen. Das Buch, dessen Lektüre ich wärmstens empfehle, zeigt zudem eindrücklich, dass Geldpolitik unter systematisch unsicheren Bedingungen stattfindet. Praktiken und Institutionen der Geldpolitik sind historisch gewachsen. Damit wendet

er sich auch gegen Wunschträume von *free banking*, Währungswettbewerb und Währungsunionen. Angesichts der heute bestehenden geldpolitischen Herausforderungen dürfte die Arbeit für zukünftige HistorikerInnen nicht ausgehen, solange sie sich auf die Thematik einlassen wollen. Dazu ist dieses Buch eine Fundgrube.

Luca Froelicher (Zürich)

Maurice Cottier

Liberalismus oder Staatsintervention
Die Geschichte der Versorgungspolitik im Schweizer Bundesstaat

Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2014, 216 S., Fr. 40.–

Mit der Beachtung, die der Erste Weltkrieg und der Landesstreik in der Geschichtswissenschaft momentan erhalten, werden auch die Beziehungen der Schweiz zur Weltwirtschaft wieder verstärkt thematisiert. Wie und von wem der ständige Austausch von Rohstoffen, Lebensmitteln und Fabrikaten mit dem Ausland gewährleistet und gesteuert werden kann, ist eine Frage, auf die in verschiedenen Zeiten ganz unterschiedliche Antworten gegeben wurden.

Eine «gewinnbringende Abhängigkeit» (20) bildet das Substrat für die Wandlungen der eidgenössischen Versorgungspolitik, die Maurice Cottier in seiner 2014 erschienenen Monografie nachzeichnet. Als weltweit vernetzte Volkswirtschaft profitierte die Schweiz stark vom Abbau der Handelsschranken, von der Entstehung einer globalen Arbeitsteilung und vom Aufbau internationaler Verkehrswege seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Umgekehrt bedeutete die Integration von Landwirtschaft und Industrie in den globalen Markt, dass das Land auf einen möglichst reibungslosen Import und Export angewiesen war: eine Abhängigkeit, die besonders dann zum Problem wurde, wenn Krieg und Krisen den grenzüberschreiten-

den Warenstrom zum Stocken brachten. Vor dem Hintergrund wechselnder wirtschaftspolitischer Paradigmata und weltpolitischer Lagen wurden verschiedene Ansätze staatlicher Versorgungspolitik entwickelt, wie Cottiers Studie zeigt.

Der Autor identifiziert drei Phasen der Versorgungspolitik, in denen die Strategien des Bunds mit den ordnungspolitischen Prinzipien, den inneren Konflikten, der technischen Entwicklung und vor allem der Aussenpolitik der Zeit interagierten. Nach der Staatsgründung von 1848 hielten sich die Bundesbehörden im Sinn einer liberalen Wirtschaftspolitik der offenen und freien Märkte bewusst aus Fragen der Landesversorgung heraus und beschränkten sich auf die Gewährleistung von Rahmenbedingungen, in denen sich die Privatwirtschaft um eine optimale Bereitstellung von Gütern kümmern sollte. Nachdem bereits der Deutsch-Französische Krieg die Grenzen dieser liberalen Strategie und die entscheidende Rolle der staatlichen Diplomatie in der Versorgungspolitik demonstriert hatte, führten Schwankungen auf den Weltmärkten und vor allem die Zuspitzung geopolitischer Spannungen um die Jahrhundertwende zu Forderungen nach versorgungs- und strukturpolitischen Massnahmen, die allerdings nur die Anlage von Getreidevorräten durch die Militärverwaltung und Absprachen mit dem Ausland für den Kriegsfall nach sich zogen.

Die folgenschweren Erfahrungen der Mangelwirtschaft des Ersten Weltkriegs, auf die der Bundesrat ab 1917 mit den vom Parlament erhaltenen Vollmachten zwar energisch, aufgrund seiner liberalen Grundhaltung jedoch unentschlossen und «unkoordiniert, ja chaotisch» reagierte, leiteten den Beginn der zweiten Phase des «Staatsinterventionismus» ein. (59) Sie manifestierte sich in den Massnahmen, die der Bund zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise ab 1931 ergriff, sowie in den

institutionellen und rechtlichen Vorbereitungen auf einen neuen Krieg zwischen den Nachbarstaaten in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre. Im Sinne nationaler Kohäsion und binnenwirtschaftlicher Prosperität setzte sich die Ansicht durch, dass die Versorgung von Zivilbevölkerung, Unternehmen und Armee in Krisenzeiten die Aufgabe eines «starken Staats» war. (95) Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg, dessen lückenhafte Versorgungspolitik zur Entstehung starker sozialer Spannungen geführt hatte, gelang es ab 1939 mit einer «strategischen Synthese» (Alan S. Milward) verschiedener Zielsetzungen und einer staatlichen Steuerung der Kriegswirtschaft die konfliktartigen Interessen im Inland aufeinander abzustimmen. Zusammen mit der Warenversorgung liess sich die innenpolitische Situation in starker wirtschaftlicher Verflechtung mit dem nationalsozialistischen Deutschland stabilisieren.

Nach 1945 wurde die auf diplomatischen und sozialen Druck hin zustande gekommene interventionistische Versorgungspolitik trotz Abbau des Vollmachtenregimes zunächst fortgesetzt und blieb mit Blick auf den Kalten Krieg auf zukünftige militärische Konflikte in Europa ausgerichtet. Diese Planungen wurden ab den 1970er-Jahren durch eine neue Versorgungspolitik im Zeichen des Neoliberalismus abgelöst, der ein allgemeines wirtschaftspolitisches Umdenken in Gang setzte. In erster Linie sollte nun wieder die Privatwirtschaft für eine sichere und preisgünstige Versorgung zuständig sein und der Bund mit seinen in den Weltkriegen geschaffenen Institutionen nur noch bei Störungen der Weltmärkte aktiv werden. Diese vom militärischen Szenario losgelöste Doktrin der dritten Phase, deren zentrale Pfeiler die Lagerpflicht und der Betrieb einer eigenen Hochseeflotte bilden, wird von einem «Denken in Risiken» (161) geprägt, mit dem der Bund laut

Cottier einen neuen Weg zwischen dem Liberalismus von 1848 und dem Interventionismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geht.

Die Studie, die der Autor im Auftrag des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung erstellte, besticht durch ihre argumentative Klarheit und eine Beschränkung auf das Wesentliche. Ohne sich in technischen oder theoretischen Details zu verlieren, gelingt es dem Autor, die Grundlinien von fast 170 Jahren eidgenössischer Versorgungspolitik auch jenseits der staatlichen Institutionen herauszuarbeiten und im Kontext verschiedener wirtschaftspolitischer Paradigmata zu verorten. Er legt damit eine bislang vermisste Synthese eines Themas vor, das mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung der Schweiz stets eng verknüpft war, bislang aber vor allem im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen untersucht worden ist. Über die Versorgungspolitik hinaus werden auch Aussagen über das Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft im Allgemeinen und politische Lernprozesse getroffen.

Der breite Zeithorizont sowie der Umstand, dass sich die Untersuchung ausser auf die vorhandene Forschungsliteratur in erster Linie auf Quellen bundesstaatlicher Provenienz stützt, bringen es allerdings mit sich, dass gewisse Aspekte, Akteure und Entwicklungen nicht mit demselben Auflösungsvermögen dargestellt sind wie die Geschichte der staatlichen Institutionen. Widerstände, unterschiedliche Deutungen und Aushandlungsprozesse finden zwar Erwähnung, bleiben jedoch aufgrund der Typisierung von politischen Gruppierungen, Behörden und Privatwirtschaft stellenweise schematisch. Auch werden der Untersuchung zugrunde liegende Kategorien wie «Liberalismus», «Starker Staat» oder «Handels- und Gewerbefreiheit» nicht als politisch aufgeladene Begriffe ihrer Zeit semantisch hinterfragt und

bleiben damit etwas unbestimmt. Besonders augenfällig ist dies in der «strikten Trennung von privater und öffentlicher Sphäre», (14) die als zentrales Merkmal der liberalen Phase bis in den Ersten Weltkrieg hinein postuliert wird. Angesichts der engen Verzahnung wirtschaftlicher und staatlicher Interessen spätestens seit der Einführung des fakultativen Referendums 1874 wäre eine solche Trennung und mit ihr die Haltung politischer Akteure gegenüber der Rolle des Staats in der Industriegesellschaft breiter zu diskutieren.

Ungeachtet dieser Unschärfen an den Rändern ist Maurice Cottier mit seinem Buch ein stringenter und griffiger Überblick gelungen, der das staatliche Engagement in der Landesversorgung und sein Verhältnis zu den herrschenden Ordnungsprinzipien nicht nur darstellt und kontextualisiert, sondern dieses vielfältigen Einflüssen unterliegende Feld schweizerischer Wirtschaftspolitik auch mit wichtigen Erkenntnissen neu ausleuchtet.

Oliver Schneider (Zürich)